



Rede

des Vorsitzenden der CDU-Fraktion
im Landtag von Baden-Württemberg,

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL,

in der

Aktuellen Debatte

„Türkischer Wahlkampf trifft auf deutschen Rechtsstaat“

des Landtags von Baden-Württemberg

Stuttgart, 8. März 2017

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin,
verehrte Kolleginnen und Kollegen!

- „Gaggenau hat Weltpolitik gemacht“ – so stand es in der Süddeutschen Zeitung, nachdem die Stadt Gaggenau die Kundgebung mit dem türkischen Justizminister vergangenen Donnerstag untersagt hatte.
- Tatsächlich hat die Gaggenauer Stadtverwaltung aber in erster Linie eine Verwaltungsentscheidung getroffen.
- Und sie hat das so getan, wie es in Deutschland und in Baden-Württemberg üblich und richtig ist: nach Recht und Gesetz, verantwortungsvoll, professionell und politisch unabhängig.
- Nicht politische Gründe waren für die Entscheidung ausschlaggebend.
- Es war vielmehr die Tatsache, dass der Veranstalter gegenüber der Stadt schlicht falsche Angaben gemacht hatte.
- Aus der ursprünglich angemeldeten Mitgliederversammlung einer lokalen Vereinsgliederung war auf einmal eine Großkundgebung mit einem ausländischen Minister geworden.
- Unter diesen Bedingungen sah die Stadt den geordneten Ablauf nicht mehr gewährleistet.
- Es geht nicht, dass eine geschlossene Veranstaltung angemeldet wird, dann aber auf einmal ein Generalkonsul, ein Botschafter und ein Minister

auflaufen und dafür im Internet öffentlich geworben wird.

- In einem anderen Bundesland war eine ähnliche Versammlung zunächst als Tanzveranstaltung angekündigt worden.
- Wer aber meint, die Behörden täuschen zu können, der muss dann auch mit einem Verbot leben.
- Das ist normales Verwaltungsgeschäft. Es ist selbstverständlicher Teil unserer rechtsstaatlichen Verfahrensstandards, und es gehört zu den Spielregeln, die hier bei uns immer und für alle gelten.
- Die Empörung der türkischen Regierung ist daher völlig fehl am Platz.
- Ich will für meine Fraktion ausdrücklich sagen:
- Wir stehen hier im Landtag voll hinter unseren baden-württembergischen Kommunen, wenn sie ihre Verantwortung nach sauberer Abwägung ausüben und Recht vollziehen.
- Wir lassen sie mit dieser schwierigen Spannungslage zwischen Verwaltungsverfahren und Außenpolitik nicht allein.
- Und wir verurteilen jeden Versuch, unsere Behörden politisch unter Druck zu setzen oder gar einzuschüchtern wie mit der Bombendrohung gegen das Gaggenauer Rathaus am Freitag.
- Deutschland ist ein Rechtsstaat.
- Und wir erwarten, dass dieser Rechtsstaat und seine Entscheidungen respektiert werden – in Gaggenau,

in Ankara und überall.

- Selbstverständlich dürfen sich auch die hier lebenden türkischen Staatsangehörigen zu politischen Kundgebungen versammeln.
- Das steht überhaupt nicht zur Diskussion und ist gelebte Realität.
- Und natürlich dürfen hier bei uns auch türkische Minister und andere ausländische Regierungsvertreter öffentlich auftreten und frei reden.
- Der türkische Präsident müsste das selbst am besten wissen.
- Denn immerhin hat er 2008, 2014 und 2015 ja schon große Wahlkampfauftritte in Deutschland abgehalten – unter anderem in Karlsruhe.
- Dabei gibt es durchaus gute Argumente und überzeugende Rechtsprechung, die klar unterstreichen:
- Die Grundrechte sind kein Instrument für ausländische Regierungsvertreter, hierzulande Politik zu machen.
- Es gibt in unserer Rechtsordnung keinen Anspruch für Politiker anderer Staaten, auf deutschem Boden in öffentlichen Versammlungen Wahlwerbung zu machen.
- Auch persönlich möchte ich nicht, dass türkische Wahlkämpfe auf deutschen Straßen stattfinden.
- Aber ich bin genauso überzeugt: Unsere Demokratie wird das aushalten.

- Denn auch das macht unseren Rechts- und Verfassungsstaat aus.
- Bei uns gilt nämlich die Meinungsfreiheit.
- Bei uns gelten Versammlungsfreiheit und Pressefreiheit.
- Bei uns gelten Demokratie und Pluralismus.
- Es wäre schön, wenn wir das von der und in der Türkei in Zukunft auch wieder sagen könnten.
- Ich sehe kein Problem darin, wenn ein Volk in freier Selbstbestimmung seine parlamentarische in eine präsidentielle Demokratie ändert – solange dabei die Grundrechte und die Gewaltenteilung gewahrt sind.
- In der autoritären Türkei Erdogans sind aber schon heute fundamentale Rechte und Grundfreiheiten bedroht.
- Daher ist klar: Wenn Erdogan seine Wahlkampagne nach Deutschland trägt, dann muss er sich hier auch eine kritische Diskussion gefallen lassen.
- Dazu gehört, dass hier in Deutschland unliebsame Journalisten nicht einfach weggesperrt werden.
- Dazu gehört, dass in Deutschland Verwaltung und Justiz nicht per Machtspruch gesteuert werden.
- Und dazu gehört auch ein zivilisierter politischer Diskurs, wie wir ihn als Demokraten pflegen und von unseren Partnern in NATO und Europarat erwarten dürfen.

- Deshalb sage ich: politische Provokationen, rhetorische Drohgebärden und Nazi-Vergleiche weisen wir in aller Deutlichkeit zurück.
- Auch der türkische Präsident und seine Anhänger werden es ertragen müssen, wenn wir sagen:
- Wer die Abwicklung der türkischen Demokratie betreibt, befördert und bejubelt, der steht nicht auf dem Boden unserer Werteordnung.
- Diese Feststellung erlauben wir uns in aller Freiheit – auch wenn das der türkischen Regierung nicht gefällt.
- Es ist besonders schade, dass Erdogan mit seiner polternden Politik das gute Verhältnis zwischen Türken und Deutschen erheblich beschädigt.
- Und er schadet damit zuallererst seinem eigenen Land:
- 15 Prozent des türkischen BIP kommen vom Tourismus.
- Deutschland ist der größte Handelspartner der Türkei.
- Die türkische Lira hat als Folge der Erdogan-Politik in einem Jahr ein Fünftel ihres Wertes verloren.
- Die Konflikte, die Erdogan vom Zaun bricht, bringen der Türkei nur Nachteile.
- Das kann auch nicht im Sinn der 3 Millionen Menschen türkischer Herkunft sein, die hier unter uns in Deutschland leben.

- Wir tun alles für die Integration, wie wir es auch im Koalitionsvertrag festgelegt haben.
- Wir wollen keine Parallelgesellschaften.
- Aber die Politik der Spaltung aus Ankara verhindert Integration, schafft Misstrauen und Entfremdung.
- Denn tatsächlich geht es hier um noch etwas:
- Erdogan will nach innen und nach außen deutlich machen, wie weit sein Arm reicht.
- Er will unverhohlen zeigen, dass er auch hier in Deutschland die Massen in Bewegung bringt.
- Es geht um die gezielte, expansive Einflusspolitik des türkischen Regimes hier bei uns.
- Es geht um den Machtanspruch einer Türkei, die sich unter Erdogan „auf dem Weg in die *Demokratie*“ befindet, wie es Nicolas Baverez in der „Welt“ geschrieben hat.
- Diesem demonstrativen Machtanspruch und der autokratischen Willkür treten wir entschieden entgegen – mit der Kraft der Freiheit und mit der Macht des Rechts.